

ERLÄUTERUNGEN

zum Gesetzentwurf der Ukraine „Über die indigenen Völker der Ukraine“

1. Zweck

Der Zweck des Gesetzentwurfs der Ukraine „Über die indigenen Völker der Ukraine“ (im Folgenden: Gesetzentwurf) ist es, den rechtlichen Status der indigenen Völker der Ukraine zu bestimmen und gesetzliche Garantien für den vollen Besitz aller Menschenrechte und Grundfreiheiten der indigenen Völker zu schaffen der Ukraine durch internationales Recht festgelegt, sowie in der Verfassung und den Gesetzen der Ukraine vorgesehen.

2. Begründung der Notwendigkeit, einen Rechtsakt zu erlassen

Der Gesetzesentwurf wurde gemäß Absatz 26 des Unterabschnitts 3.3 erstellt. Frieden und Dialog des Kapitels 3. Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete des Gesetzentwurfsplans der Werchowna Rada der Ukraine für 2021, genehmigt durch die Resolution der Werchowna Rada der Ukraine vom 2. Februar 2021 № 1165-IX.

Die Verfassung der Ukraine garantiert die Förderung der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität aller indigenen Völker und nationalen Minderheiten der Ukraine (Artikel 11).

Charta der Vereinten Nationen, Resolution 1514 (XV) der Generalversammlung der Vereinten Nationen „Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples“ vom 14. Dezember 1960, Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966, die Erklärung der Grundsätze des Völkerrechts über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten nach der Charta der Vereinten Nationen vom 24. Oktober 1970 und andere Normen des Völkerrechts bekräftigen die grundlegende Bedeutung des Rechts auf Selbstbestimmung aller Völker, indem aufgrund dessen sie ihren politischen Status frei festlegen und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung frei verfolgen können.

Obwohl der Begriff „Ureinwohner“ sowohl in den Normen des Völkerrechts als auch in den Bestimmungen des Grundgesetzes der Ukraine verwendet wird, wird seine Bedeutung in den Gesetzgebungsakten der Ukraine nicht offenbart. Darüber hinaus gibt es in der Ukraine kein spezielles Gesetz, das den rechtlichen Status der Ureinwohner der Ukraine bestimmen und klare Garantien für die Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung durch letztere festlegen würde.

Aufgrund der vorübergehenden Besetzung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol und der ständigen Verletzungen der Grundrechte und Grundfreiheiten der ukrainischen Bürger durch die Russische Föderation, einschließlich der in der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol lebenden indigenen Völker, wird die Ukraine anerkannt mit indigenem Status, die auf dem Territorium der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol gegründet wurden.

Dies wird unter anderem zur internationalen rechtlichen Anerkennung des Status der indigenen Völker der Ukraine beitragen.

Angesichts der Tatsache, dass die Ureinwohner seit langem in der Ukraine leben und ihr rechtlicher Status nicht festgelegt wurde, muss ein besonderes Gesetz verabschiedet werden. Die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes ergibt sich aus den Bestimmungen von Artikel 92 erster Teil Absatz 3 der Verfassung der Ukraine, wonach die Rechte der indigenen Völker und nationalen Minderheiten ausschließlich durch die Gesetze der Ukraine bestimmt werden müssen. In diesem Zusammenhang sollte das Sondergesetz über die Rechte der indigenen Völker der Ukraine den Begriff der indigenen Völker der Ukraine definieren und die Grundsätze seines Rechtsstatus festlegen.

3. Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzentwurfs

Der Gesetzesentwurf definiert den Begriff „Ureinwohner der Ukraine“, wonach es sich um eine auf dem Territorium der Ukraine gebildete autochthone ethnische Gemeinschaft handelt, die Träger der ursprünglichen Sprache und Kultur ist, traditionelle, soziale, kulturelle oder repräsentative Organe hat, selbst -bewusste Ureinwohner der Ukraine, ist eine ethnische Minderheit in ihrer Bevölkerung und hat keinen eigenen Staat außerhalb der Ukraine. Gemäß dieser Definition schlägt der Gesetzesentwurf vor, festzustellen, dass die indigenen Völker der Ukraine die Krimtataren, Karaiten, Krimtataren sind.

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Gesetzesentwurfs haben die indigenen Völker der Ukraine und ihre Vertreter das Recht, kollektiv und individuell alle Menschenrechte und Grundfreiheiten zu genießen, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung vom Menschenrechte und die Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, indigene Völker und in internationalen Verträgen, deren verbindlicher Charakter von der Werchowna Rada der Ukraine genehmigt wurde, sowie in den in der Verfassung und den Gesetzen der Ukraine vorgesehenen.

Der Gesetzentwurf definiert auch Garantien für die indigenen Völker der Ukraine gegen Rechtsschutz vor allen Handlungen, die darauf abzielen: Entzug von Zeichen der ethnischen Zugehörigkeit und Integrität als ursprüngliche Völker, Entzug kultureller Werte; Zwangsräumung oder erzwungene Umsiedlung aus dem kompakten Wohnsitz in irgendeiner Form; Zwangsassimilation oder Zwangsintegration in irgendeiner Form; rassistischen, ethnischen oder religiösen Hass gegen sie fördern oder anstiften.

Unter den Grundrechten der indigenen Völker der Ukraine garantiert der Gesetzentwurf die kulturellen, erzieherischen, sprachlichen und informationellen Rechte der indigenen Völker der Ukraine, die Rechte der indigenen Völker der Ukraine auf nachhaltige Entwicklung.

Der Gesetzentwurf sieht auch die Bestimmung des rechtlichen Status der Vertretungsorgane der indigenen Völker der Ukraine, ihre Bereitstellung von Ressourcen sowie die Frage der internationalen Vertretung der indigenen Völker der Ukraine vor.

4. Rechtliche Aspekte

Die rechtlichen Grundlagen für die Ausarbeitung des Gesetzes und geltender Vorschriften im relevanten Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sind: die Verfassung der Ukraine, die Erklärung der staatlichen Souveränität der Ukraine, die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine, die Erklärung der Rechte der Nationalitäten der Ukraine, die Charta der Vereinten Nationen, die Erklärung von Wien, die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker, der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 16. Dezember 1966, andere genehmigte internationale Instrumente der Werchowna Rada der Ukraine, sowie die Resolution der Werchowna Rada der Ukraine vom 20. März 2014 № 1140-VII „Über die Erklärung der Werchowna Rada der Ukraine über die Gewährleistung der Rechte der Krimtataren im ukrainischen Staat“.

5. Finanzielle und wirtschaftliche Begründung

Die Umsetzung der Bestimmungen des Gesetzentwurfs erfordert zusätzliche Ausgaben, aber detaillierte Berechnungen können erst nach zusätzlichen Konsultationen mit den Vertretungsorganen der indigenen Völker der Ukraine bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfs der Ukraine über den Staatshaushalt der Ukraine für das nächste Jahr vorgelegt werden.

6. Konformitätsbewertung

Der Gesetzesentwurf enthält keine Bestimmungen zu den Verpflichtungen der Ukraine im Bereich der europäischen Integration, beeinträchtigt die Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Frauen und Männern, enthält Korruptionsrisiken und korruptionsbezogene Straftaten und schafft Diskriminierungsgründe.

Der Gesetzentwurf betrifft die von der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten garantierten Rechte und Freiheiten.

7. Prognose der Ergebnisse

Die Annahme des Gesetzentwurfs wird es den indigenen Völkern der Ukraine ermöglichen, alle Menschenrechte und Grundfreiheiten, wie sie im Völkerrecht sowie in der Verfassung und den Gesetzen der Ukraine definiert sind, uneingeschränkt zu genießen. Darüber hinaus wird die Umsetzung des Gesetzesentwurfs dazu beitragen, das Recht der indigenen Völker der Ukraine auf Selbstbestimmung, Selbstbestimmung ihres politischen Status und freie Ausübung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung auf eine Weise zu gewährleisten, die nicht der Verfassung widerspricht und Gesetze der Ukraine.